

V0651/24

Energienutzungsplan und kommunale Wärmeplanung (Energiewendeplan)
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

1. Der Stadtrat beschließt den Energienutzungsplan und die kommunalen Wärmeplanung und erfüllt damit die Pflicht nach § 4 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG).
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstruktur mit den Stadtwerken und dem VerbraucherService Bayern als gemeinsame Anlaufstelle für Fragen zu Energieeinsparung, energetischer Sanierung und Wärmeversorgung für die Bürgerschaft.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	10.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 22.10.2024

Der Antrag der Verwaltung V0651/24 und der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0762/24 werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Lipp bemängelt, dass keine Kostenschätzung vorliege. Er wünsche eine Information zu den Kosten zur Sanierung der Netze und die damit verbundenen Kosten für die Stadtwerke, die Industrie und auch für die Privatverbraucher. Ohne eine Kostenschätzung könne keine Zustimmung erfolgen.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf die Kostenaufstellung in der PowerPoint-Präsentation und teilt zugleich mit, dass von ca. 290 Mio. Euro auszugehen sei. Weiter teilt sie mit, dass der Energienutzungs- und kommunale Klimaplan, für die Energiewende und die kommunale Wärmeplanung, die ein Kernstück der Klimaneutralität sei, entwickelt werde. Bei einer heutigen Beschlussfassung sei Ingolstadt die zweite Großstadt in Bayern, die eine solche Planung vorlegen könne. Diese Planung sei die Grundlage für alle weiteren Schritte. Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass in den einzelnen Bereichen eigenen Transformationspläne erarbeitet werden müssen. Weiter müsse überlegt werden, welche Technologien an welcher Stelle seien. Dies sei ein Kernstück der Klimapolitik in Ingolstadt, aber auch der notwendigen Investitionen. Diese müssen zu einem großen Teil ohnehin mittel und langfristig in die Netze, in die Wärmeplanung und -versorgung und in die Energiewende gesteckt werden.

Stadtrat Achhammer stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Da die Präsentation und der Vortrag hierzu bereits im Planungsausschuss vorgestellt worden sei und alle überzeugt habe, regt er keine Vorstellung derer an. Dies koste nach seinen Worten nur Zeit. Er sei der

Meinung, dass alle Fraktionen darüber informiert worden seien und betont, dass der Vortrag sehr gut gewesen sei und es keine Widersprüche gegeben habe. Über die geplanten Maßnahmen müsse aber detailliert gesprochen werden. Weiter verweist er auf einen Antrag der FW-Stadtratsfraktion zum Thema Aufhebung und Korrektur der Klimaneutralität 2035, der in der Dezember Sitzung des Stadtrates behandelt werden solle. Hinsichtlich dessen beantragt Stadtrat Achhammer das ganze Thema Klima detailliert im Dezember zu behandeln. Er zeigt sich erfreut, dass Herr Bolle heute seitens der Stadtwerke anwesend sei und bemängelt zugleich, dass dieser nicht bereits im Planungsausschuss für Fragen zur Verfügung gestanden habe. Wie im Planungsausschuss kundgetan stimme die CSU-Stadtratsfraktion den Antragsziffern eins und zwei zu.

Nachdem das Thema so hohe Wellen schlage finde es Oberbürgermeister Dr. Scharpf schon eigenartig, dass heute kein Vortrag gewünscht werde. Aufgrund der überragenden Bedeutung des Themas solle sich schon Zeit für eine ausführliche Diskussion und den Vortrag genommen werden. Weiter sei Oberbürgermeister Dr. Scharpf überrascht, da die Fragen zu den Kosten und den Folgen doch entscheidend seien. Im Jahr 2022 sei das integrierte Klimaschutzkonzept beschlossen worden und die Stadt habe sich mit einer kommunalen Wärmeplanung auf den Weg gemacht. Ingolstadt habe dies als zweite Großstadt in Bayern geschafft, obwohl dies erst im Jahr 2026 vorgelegt werden müsste. Insofern sei Ingolstadt vorne dabei, das Tempo und den Wärmeplan betreffend. Die heutige Beschlussfassung sei Grundlage für das weitere Vorgehen. Insofern verstehe Oberbürgermeister Dr. Scharpf die Aufregung nicht. Er bittet um Vortrag um dann Grundlagen auf der erarbeiteten Basis zu schaffen. Danach solle geprüft werden, wie sich die Kosten in den Wirtschaftsplänen und im Haushalt abbilden. Dies sei nach seinen Worten die richtige Reihenfolge. Oberbürgermeister Dr. Scharpf verstehe die Aufregung nicht und regt ein schrittweises Vorgehen an.

Als Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag spricht sich Stadtrat Lange für den Vortrag aus.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld habe im Planungsausschuss engagiert darum gebeten, dass die Wärmeplanung bezüglich des Punkts der strategischen und wirtschaftlichen Arrondierung eines Gewerbegebietes, die Wärmenetzplanung betreffend, nochmals angepasst werde. Da dies nicht in den Unterlagen aufgeführt sei bittet er darum, diese Änderung vor Beschlussfassung mit aufzunehmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Achhammer: „Kein Vortrag des Klimaschutz Managers“:

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Schratzenstaller geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Energienutzungsplan und die kommunale Wärmeplanung ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass die Stadtwerke intensiv in dem ganzen Prozess beteiligt gewesen seien.

Herr Bolle betont, dass zur Wärmeplanung in den letzten Monaten sehr viel Arbeit mit verschiedenen Einheiten der Stadt erfolgt sei und dies sehr gut funktioniert habe. Im Rahmen dieser Planung sei ein digitaler Zwilling entstanden. Hierzu sei in Ingolstadt jedes Gebäude und jede Straße digital erfasst worden. Diese Daten kamen sowohl von der Stadt und auch von den Stadtwerken. Herr Bolle habe sich auch die Daten der Kaminkehrer gewünscht. Hier sei man aber Bayernweit noch nicht so weit. Weiter teilt er mit, dass zum einen aufgrund detaillierter Grundlagen versucht worden sei, den Energieverbrauch und die aktuelle Situation der Stadt entsprechend hochzurechnen. Zum zweiten lebe und falle diese Planung mit den getätigten Prämissen und Annahmen. Heute habe man mit 1,7 Terawattstunden Energieverbrauch, zwei Terawattstunden primär Energieverbrauch eine Situation, die sehr exakt sei. Die Frage sei nur, ob dies im Jahr 2035 oder im Jahr 2045 so sein werde. Im Rahmen des Planungsprozesses sei man davon ausgegangen, dass man auf 1,2 Terawattstunden, ca. 30 Prozent, runterkomme. Dies sei eine Annahme, die nicht ohne ist und entscheide dann über den Weg der gegangen werde. Weiter müsse eine Entscheidung über den Ausbau getroffen werden. Bei Betrachtung der Karte sei es so, dass im westlichen Teil des Stadtgebiets die Gasnetzte liegen und die Fernwärme weit weg. Es sei ersichtlich, dass die Kosten für die Verlegung der Fernwärme in vielen Bereichen auf absehbarer Zeit nicht wirtschaftlich seien. Weiter verweist Herr Bolle auf das Prüfgebiet mit einer Transformation hin zu Wärmepumpen oder eine Gas-Wasserstoff-Transformation, unter der Nutzung des bestehenden Gasnetzes. Er informiert, dass die Stadtwerke Eigentümer eines sehr großen Gasnetzes seien. Herr Bolle betont aber, dass er jede Kilowattstunde Wasserstoff annehme, die er bekommen könne. Es stelle sich nur die Frage, ob man den Wasserstoff bekomme. Die Entwicklung der letzten zwei Wochen sei nicht besonders, da die potenziellen Wasserstoff-Lieferanten Norwegen und Dänemark, für das Wasserstoffkernnetz einen Rückzieher gemacht haben. Weiter verweist Herr Bolle auf die heutige Beschlussfassung der Bundesnetzagentur, das Finanzierungskonzept für das sogenannte Wasserstoffkernnetz, freizugeben. Ingolstadt liege an diesem Wasserstoff Kernnetz und werde zusammen mit dem Chemiedreieck eine der beiden Pilotregionen in Bayern sein. Problematisch sei nur, dass man für die erste Wasserstofflieferung bei 2030 gewesen sei, aber offiziell liege man bei 2032. Herr Bolle geht davon aus, dass man sich bis zur zweiten Hälfte der nächsten Dekade darüber unterhalten werde. Der Appell von Herrn Bolle an die Stadträte sei, sich auf den Weg zu machen und loszulegen. Aufgrund dieser Planung habe man so viele Erkenntnisse über den energetischen Zustand der Stadt gewonnen. Weiter schließe sich an diese Wärmeplanung die Wärmetransformationsplanung an. Auch dies setze der Gesetzgeber vor. Herr Bolle informiert, dass ein entsprechender Förderantrag mit bis zu 40 % von diesen Planungskosten gestellt werden können. Bei positiver Beschlussfassung sei das Ziel in den nächsten zwei Wochen diesen Förderantrag für diese Wärmetransformationsplanung abzugeben. Wenn Herr Bolle nach konkreten Zahlen gefragt werde, sei eine korrekte Antwort schwierig, weil nicht nur Zahlen für die Wärmeplanung, sondern für die gesamte Klimaneutralität ermittelt werden. Bei der Klimaneutralität seien nicht nur die Wärme- und Gasnetzte dabei, sondern auch die Strominfrastrukturkosten für die Mobilität. Herr Bolle betont, dass noch viel mehr PV-Ausbau im Netz erwartet werde. Insofern stelle sich die Frage, wieviel des in Ingolstadt erzeugten Stroms man mittels eigener Anlagen auch als Stadtwerke bilanziell erzeugen wolle. Auch hierzu könne die Skalierung der entstehenden Kosten, entsprechend rauf oder runtergefahren werden. Weiter verweist Herr Bolle auf die Stadt München, die 7,5 Milliarden Euro für ihr Wärmenetz veranschlagt habe. Der Punkt sei, dass die Notwendigkeit der

Kapitalmaßnahmen abhängig vom Zeitraum sei. Dies sei das, was ihn umtreibe und warum er keine konkrete Zahleninformation geben wolle. Es sei in der Analyse festgestellt worden, wenn dies 2035 erledigt sein müsse, sei die Rampe viel steiler, als wie beim Bundesgesetz mit dem Zieljahr 2045. Wenn man diese Rampe steil mache, führe dies nicht dazu, dass die Energiekosten in Ingolstadt weniger stark ansteigen, sondern das Gegenteil sei der Fall. Egal ob ein Ausbau im Jahr 2035 oder 2045 erfolge, gehe man derzeit davon aus, dass sich die Fernwärmepreise knapp verdoppeln werden. Positiv sei allerdings, dass Ingolstadt bei den Preisen der sogenannten Transparenzplattform aktuell bei 110 Euro der Megawattstunde liege. Andere Städte in Deutschland liegen heute schon bei 150 bis 200 Euro. Bei einer Verdoppelung sei man nicht weit weg von dem, wo Deutschland im Durchschnitt derzeit schon liege. Dass dies für die Ingolstädter Bürgerschaft keine gute Nachricht sei, sei klar, aber dass die Wärmewende nicht umsonst umgesetzt werden könne, sei auch offensichtlich. Herr Bolle informiert, dass man sich bemüht habe die Fernwärme, die in der Infrastruktur das teuerste Mittel der Wahl sei, nur mit Bedacht einzusetzen. Die Kosten liegen hier pro laufenden Meter zwischen drei und fünftausend Euro. Ein kritischer Punkt sei der Bahnhof und auch das Prinzenviertel, wo es viel verdichteten Wohnungsbau gebe. Ausgangspunkt für eine Erschließung entlang der Münchener Straße ist der Brückenkopf und alleine die Kosten für die Transportleitung liegen zwischen acht und zehn Millionen Euro. Dies sei die Problematik bei der Fernwärme und deswegen müsse man mit dieser kapitalintensiven Technologie sorgsam umgehen. Unabhängig davon, wo man die benötigte Wärme für den Ausbau herbekomme und ob es sich um Biomasse, Wärmepumpen oder Geothermie handelt. Die bevorzugte Lösung sei die bestehenden Quellen weiter zu nutzen, weil diese die günstigsten seien. Der Vorschlag von Herrn Bolle sei im Jahr 2025 die Maßnahme im Detail hinsichtlich der Kosten und der Finanzierung zu erarbeiten. Hierzu verweist er auf die Beispiele der Städte München und Frankfurt. München lege hier Green Bones auf. Dazu verweist er auf den Antrag der ödp-Stadtratsgruppe und betont zugleich, dass diese Finanzierungsart völliges Neuland für die Stadtwerke sei.

Stadtrat Lange merkt an, dass das Thema „Strom speichern“, das weltweit zum Riesenthema werde, auch wichtig für die Stadtwerke sei.

Herr Bolle teilt mit, dass Batteriespeicher im Hinblick auf den großen Stromverbrauch in Ingolstadt in dieser Größenordnung immer noch zu teuer seien und der Strompreis deutlich ansteigen würden. Eine Idee sei, Wasserstoff mittels PV zu produzieren und diesen zu speichern, um die im Sommer erzeugte Energie entsprechend in den Winter zu bringen. Die Herausforderung sei dann allerdings, dass dieser momentan nur als „grün“ gelte, wenn dieser aus erneuerbaren Anlagen komme.

Stadtrat Achhammer verweist auf die dezentrale Ausrichtung und spricht die Ortsteile und hierzu private Genossenschaften an. Dabei verweist er auf seine Ausführungen im Planungsausschuss. Dezentral solle nicht nur die Wärme, sondern auch die Stromerzeugung erfolgen, weil man sich so die Netze sparen könne. Vielleicht sei dies eine Möglichkeit das Ganze nochmals aufzusetzen. Hier verweist Stadtrat Achhammer auf Biomasse und verweist auf den Eichenwald in Gerolfing, wo z. B. eine Hackschnitzel-Heizung installiert werden könne. Eine weitere Anregung sei eine Zusammenarbeit mit der Kaminkehrer Innung. Diese seien vor Ort und kennen jede Heizung. Er regt hierzu eine Prüfung über den Städte- oder Gemeindetag an. Stadtrat Achhammer betont, dass der Wärmeplan und auch die Grundlagen sehr gut seien. Nun müsse man in die Umsetzung kommen. Weiter verweist er auf den Antrag der FW-Stadtratsfraktion die Aufhebung der Klimaneutralität bis 2035. Er

wolle sich das Ziel schon setzen, aber es müsse Info darüber gegeben werden, wo man stehe und welche Schritte zu erwarten seien. Weiter regt er eine Vorlage des Energieberichts für diesen Sitzungslauf an.

In den Gemeinden wie Gerolfing und Dünzlau gebe es ein bestehendes Gasnetz, wo die bevorzugte Lösung in der Transformation auf Wasserstoff liege. Weiter verweist Herr Bolle auf das Thema „Ökonomie“. Derzeit sei man beim Thema Nahwärme(netze), nicht annähernd wirtschaftlich im Vergleich zu einer dezentralen Lösung mittels Wärmepumpe. Zur Wärmepumpe stelle sich auch die Frage, ob sich die Bürger, nur weil es Hip sei Biomasse zu verbrennen, etwas aufzwingen lassen, was am Ende teurer als eine dezentrale Lösung sei. Herrn Bolle sei durchaus klar, dass dies unter Umständen in den Gebäuden wiederum Sekundärinvestitionen auslösen könne. Aber in der Breite, sei das Nahwärmenetz, dass im Boden verlegt werden müsse, immer teurer als eine dezentrale Lösung, wie eine Wärmepumpe. Insofern komme man hier nicht voran. Dies bedeute aber nicht, wenn man eine gewisse Eigenbeteiligung z.B. durch eine Genossenschaft habe, dies nicht auch in einem bestimmten Wohngebiet zu prüfen. Zu den Daten der Kaminkehrer verweist Herr Bolle auf die gute Energiepartnerschaft mit den Innungen. Leider hat die Kaminkehrer-Innung in München die Daten nicht weitergegeben. Weiter betont Herr Bolle, dass Ingolstadt seit 2009 den Fernwärmeverbund habe und gemäß Zertifikat CO₂-Neutral sei. Ingolstadt setze nur in der Spitze auf Gas. Insofern spreche man bei SWI nicht von der Fernwärmetransformation, sondern vom Ausbau. Hier sei man bereits auf einem guten Weg und es sei schon vieles umgesetzt worden.

Keiner könne sich die Dimensionen vorstellen, um was es sich sowohl finanziell als auch energetisch handelt, so Stadtrat Witty. Er verweist auf die Ausführungen von Herrn Bolle, dass der Versuch da sei und das bestehende Potential genutzt werde und auszubauen sei. Dabei verweist Stadtrat Witty auf Gunvor und die MVA, wo man noch nicht wisse, wie dies in Zukunft aussehen werde. Mit der Tiefen-Geothermie sehe es in der Region schlecht aus. Der entscheidende Punkt sei die Wirtschaftlichkeit für die SWI und die Bürgerschaft, was die Fernwärme anbelange. Da dies sehr viel Unbekanntes sei, sei es umso wichtiger die pragmatische Herangehensweise zu bewahren. Weiter fragt Stadtrat Witty nach, ob der Wasserstoff für die Wärmerversorgung oder vor allem für die Industrie genutzt werden solle. Weiter verweist er auf Expertenaussagen, dass der Wasserstoff für die Industrie bevorratet werden solle, bevor dieser für die Wärmeversorgung genutzt werde. Wenn dann der Wasserstoff auch für die Wärmeversorgung eine Rolle spiele, müsse eine Umrüstung der Gasnetze erfolgen. Stadtrat Witty erkundigt sich hierzu nach dem Vorgehen, bzw. den Auswirkungen auf die Stadtwerke. Weiter bittet er um Informationen zur Förderkulisse.

Primär sei es so, dass die jetzige Wasserstoffherzeugung und auch abgeschlossene Importverträge, durch die Industrie getriggert seien. Insbesondere beim Thema Stahl werden derzeit vier Milliarden Investment zurückgezogen. Die Umsetzung von Kohle auf Wasserstoff-Transformation sei gerade sehr im Fluss. Herr Bolle merkt an, dass beim Wasserstoff derzeit die Front sehr stark bröckle. Insofern sei die Frage von Stadtrat Witty nicht zu beantworten. Aufgrund der Raffinerien habe Ingolstadt einen Pilotcharakter. Die Raffinerien seien ein sehr großer Wasserstoffproduzent, aber mittels eines Prozesses, der nicht CO₂-neutral sei. Es wäre für die Wasserstoffverfügbarkeit bzw. der Erzeugung deutlich positiver, wenn man sich dem Thema blauer, statt grüner Wasserstoff nähere. Es hänge extrem davon ab, wie viel Wasserstoff verfügbar und wie der Wettbewerb um diesen Stoff sei. Eine weitere Problematik seien die Armaturen die ausgetauscht und die Hausanschlüsse

umgebaut werden müssten. Dabei verweist er auf die 19.000 Gebäude in Ingolstadt in diesem Transformationsgebiet, die derzeit Gas versorgt seien. Diese müssten alle umgestellt werden. Dies sei möglich, aber mit viel Aufwand und Kosten verbunden. Herr Bolle habe bewusst darauf hingewiesen, dass die Transformationsplanung im sogenannten Wärmeplanungsgesetz die erste Stufe sei. Die zweite sei die Umsetzung. Hierfür lobe der Gesetzgeber eine Förderquote zwischen 20 und 40 % aus. Das Problem sei, dass deutschlandweit nur 750 Mio. Euro für dieses Jahr bereitgestellt werden. Dies sei zu wenig, wenn alle Kommunen sich auf den Weg machen und diese Förderung dann auch beantragen. Insofern gehe Herr Bolle nicht davon aus, dass die Transformation der Energiesysteme signifikant durch den Bund gefördert werden könne. Insofern gehe man bei der Umsetzung davon aus, dass die Kosten am Ende beim Bürger bzw. beim Energieverbraucher landen werden.

Dieses Thema sei bekannt und werde derzeit bundesweit diskutiert, so Bürgermeisterin Kleine. Eine gesicherte Förderannahme sei eine staatliche Abfederung für die Risiken. Wenn diese hoch seien, sinken auch die Kapitalkosten. Insofern habe man nicht die Problematik mit dem Kapital, sondern mit den Kapitalkosten. Insofern sei es wichtig, dass nicht vom Bund her gebremst werde. Der Bund müsse diese Milliarden die die Kommunen investieren müsse bereitstellen. Da sich diese etwa verdoppeln, spreche man von 100 Milliarden Investitionskosten. Ganz wesentlich sei, dass diese vom Bund anerkannt und auch abgebildet werden müssen. Wenn hier gebremst werde, können die Fernwärmepreise nicht verbraucherfreundlich gestaltet werden. Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Fernwärmepreise auch eine Frage der Politik und nicht nur der Finanzierung und der Investoren sei.

Für Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sei es wichtig, dass man sich in der jetzigen Haushaltssituation nicht auf den Weg nach einer Finanzierung machen müsse.

Für Stadtrat Dr. Meyer sei dies ein großer Fortschritt. Der Punkt warum in den letzten Jahren die Zielsetzung und auch die Maßnahmen kritisch hinterfragt worden seien sei, dass keine konkrete Richtung angegeben worden ist. Mit der heutigen Aussage, dass man auf Basis dieser Wärmeplanung bis nächstes Jahr mit konkreten Plänen rechnen könne, sei er einverstanden. Stadtrat Dr. Meyer finde es völlig legitim, wenn sich Herr Bolle die Zeit für die Ausarbeitung im nächsten Jahr nehme. Es werden enorme Anstrengungen auf die Stadt zukommen, denn im nördlichen Fernwärmenetz gebe es die Dominanz der Fernwärme mit gigantischen Summen und im südlichen gebe es mehr Chancen auf dezentrale Lösungen. Es gebe auch den Bedarf mit größeren Strommengen die Wärmepumpe zu füttern. Hier stelle sich die Frage, wie dies mit einer leistungsstärkeren Stromnetzarchitektur abgefangen werden könne. Auch dies sei eine riesige finanzielle Herausforderung. Insofern könne er verstehen, dass die Freien Wähler hierzu einen Antrag gestellt haben. Er betont, dass seine Gruppierung die einzige gewesen sei, die die Festlegung auf das Jahr 2035 hinterfragt haben. Die Rampe werde sehr steil, wenn man den zweiten Schritt, vor dem Ersten mache. Die JU-Stadtratsgruppe habe sich eine idealistische Zielvorgabe gesetzt. Stadtrat Dr. Meyer bemängelt, dass es in den letzten Jahren sehr viele Appelle gegeben habe, aber wenig konkrete Maßnahmen erfolgt seien. Er finde es höchst sportlich und bleibe dabei, dass die Entscheidung gegen das Jahr 2035 als Zielsetzung, richtig gewesen sei. Es sei klar, dass man Zeit benötige und man dürfe sich vor moralischen Keulen nicht einschüchtern lassen. Dies sei eine Frage der Vernunft, denn diese inhaltliche Zielsetzung müsse mit der wirtschaftlichen Lage in Einklang gebracht werden. Stadtrat Dr. Meyer kündige jetzt schon

die Beantragung für die im nächsten Jahr vorgestellten Maßnahmen an, dass diese nach Wirkung und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet werden sollen. Er gehe davon aus, dass dies Herr Bolle, als Geschäftsführer der Stadtwerke, ohnehin plane. Es sei aber in den letzten Jahren im Stadtrat das Gegenteil festgestellt worden. Weiter verweist er auf den Antrag der ödp-Stadtratsgruppe. Dieser klinge interessant, müsse aber auch orchestriert werden. Diese Energiegenossenschaft müsse irgendwie gebündelt und Interessenträger zusammengebracht werden. Insofern sei die Frage, wenn es in einem Stadtteil Initiativträger gebe, die sich ein solches Projekt auch mit Eigenleistung vorstellen könne, an wen sich künftig die Stadtwerke wenden. Diese müssen dann dies mit Know-How, Beratung und infrastrukturelle Unterstützung so weit bringen, dass es diese Genossenschaften geben könne.

Es sei klar, dass sich diese an die Stadtwerke wenden, so Herr Bolle. Es gebe heute, wie auch schon seit fast zehn Jahren ein umfangreiches Produktportfolio der Stadtwerke. Den Haus- bzw. Grundstücksbesitzer betreffend habe man schon Lösungen, wie PV, Speicher, Haustechnik oder E-Mobilität. Im Regelfall seien dies alles in den größeren Einheiten und damit auch wieder einzelne Projekte. Beim Bau einer Hackschnitzelheizung sei der Beitrag den SWI hier leisten könne sehr gering. Das Thema Strom (Wärmepumpen) dagegen gehe immer weiter und die Technologie schreite immer weiter voran. Die Stadtwerke sehen sich weiterhin aktiv im Bereich der E-Mobilität. Zur Integration all dieser Anwendungen müsse immer mehr Arbeit in die Steuerung der Netze gesteckt werden. Herr Bolle informiert, dass in dem Gesamtpaket einer CO₂-neutralen Infrastruktur die Wärme nicht der teuerste Punkt sei. Dies sei nach seinen Worten das Stromnetz. Er merkt aber an, dass dies in jeder Stadt so sei. Die Zahlen wären irgendwann uferlos, wenn man die E-Mobilität, die strombasierte dezentrale Wärmeversorgung und das Thema PV ungesteuert in die Netze reinmodelliere. Dann wären die Kosten für das Stromnetz exorbitant hoch und das ginge nur, wenn man gleichzeitig die Kosten verpflichtend den Gebäudebesitzern auferlege. Dies dürfe man heute noch nicht, es komme aber langsam, dass diese mit einem Bau einer PV-Anlage auf dem Dach gleichzeitig ein Speicher im Keller zur Pflicht wird. Weiter verweist er Herr Bolle auf das Thema Stromkosten-Netzentgelte. Derzeit liegen die Netzentgelte bei sieben Cent und nach den Studien werden diese bis zu 15 Cent ansteigen. Hier müsse gegengesteuert werden. Aber so lange Speicherlösungen diesen Effekt nicht abpuffern, weil diese zu teuer seien, stehe man weiterhin vor der Herausforderung, dass das Netz zwar Sicherheit biete, aber immer weniger Energie drüber fließe und dies mache die geleistete Kilowattstunde teuer.

Stadtrat Dr. Meyer fragt nach, bis zu welcher Größenordnung die Speichertechnologie Sinn mache und welche Haushaltszahl noch händelbar sei.

Derzeit seien Speicher zwischen 10 und 20 KW für ein Einfamilienhaus Standard, so Herr Bolle. Die zukünftige Tendenz seien größere Speicher, die aber mit hohen Kosten verbunden seien. Insofern stellt sich die Frage, wer sich dies leisten könne. Wenn die Strompreise im Sommer mehr negative Stunden habe sei es sogar sinnvoll Strom aus dem Netz einzuspeichern, dafür Geld zu bekommen und dann wieder zu verbrauchen. Aber so weit sei man noch nicht, so Herr Bolle.

Stadträtin Kürten verweist auf den Wasserstoff und merkt an, dass man hier schon relativ weit sei. Zur Orientierung bittet sie um Erläuterung wie viel Prozent der Stadt im Gasnetz angeschlossen seien und ob man dieses mit dem Wasserstoff betanken könne, so dass man H₂O-Ready sei.

Herr Bolle gehe derzeit davon aus, dass ca. 21.000 von 26.000 Gebäuden mit Gas versorgt werden, bzw. im Gasnetz liegen. Die Frage zu H₂O-Ready müsse er vertagen. Weiter verweist er auf die große Problematik bei dieser Umstellung. Wenn der letzte Kunde am Ende der Straße Wasserstoff wolle, sei dies nur möglich, wenn der erste Kunde am Anfang der Straße dies auch wolle. Die Leitung könne nur einmal befüllt werden. Insofern müsse eine Umstellung straßenweise erfolgen. Bei einer Instandhaltung oder Reparatur werden diese Netzteile auf H₂-Ready umgestellt. Das Gasnetz müsse trotz allem instandgehalten werden. Auch hier fließen immer noch Investitionen in die Erhaltung.

Grundsätzlich sei die Aussage zum Wärmeplan und der ganzen Thematik völlig richtig, so Stadtrat Stachel. Das man sich auf den Weg machen müsse, stehe außer Frage. Eine Umsetzung in einem Neubauviertel sei natürlich das Ideale. Hier sei selbstverständlich mit einer Wasserstoff- Substitution zuarbeiten. Aber auch in anderen Gebieten müsse es möglich sein, Mischformen zu finden. Hierzu gebe es auch technische Lösungen, die heute noch nicht so geläufig seien. Man könne aber selbstverständlich aus einem Netz, wo Wasserstoff und Gas sei, Anteile rausholen. Dies sei ein technischer Aufwand, aber nicht unmöglich. Nach den Worten von Stadtrat Stachel seien im Wärmeplan Annahmen enthalten, dass sehr viel durch freie Wärmemengen, Fernwärme aus Abwärme, von Gunvor und der MVA, bestritten werden könne. Stadtrat Stachel erkundigt sich hier zur Abwärmenutzung und fragt nach, wie viel Potential noch vorhanden sei. Weiter merkt er an, dass in der Wärmeplanung Geothermie-Einsätze verwendet werden. Als Überlegung hierzu werde der Volksfest- und der Hallenbadparkplatz, wie auch die Bezirkssportanlage Südwest als Wärmequelle für Geothermie-Anwendungen genannt. Hierzu fragt er nach, wie realistisch eine solche Umsetzung sei und ob diese Flächen ausreichend für eine Wärmegewinnung seien. Stadtrat Stachel bezweifle dies. Weiter verweist er auf die Flusswärme, die als Lösung für alle Anwendungsfälle skizziert werde, man aber nicht wisse wo man diese hernehmen solle. Stadtrat Stachel wisse nicht wo die Kraftwerke entstehen sollen, um dies zu entnehmen. Zumal Ingolstadt hier keine Erfahrung in diesem Bereich habe. Wie von Stadtrat Witty bereits angesprochen sei die Vorstellung von 1.700 Gigawattstunden schwierig. Weiter verweist er auf die Biomasse und fragt sich wo diese herkommen solle. Wenn man dezentrale Heizkraftwerke mit Hackschnitzel oder ähnlichen installiere könne dies funktionieren, aber die Wirtschaftlichkeit sei hier ein großes Problem. Wie von Herrn Bolle angemerkt, können die Finanzmittel hierzu nicht benannt werden. All dies lebe von sehr vielen Ansätzen und dies sei der Punkt, warum Stadtrat Stachel damit ein Problem habe. Wenn man ständig Annahmen ansetze, sei dies nicht wirklich realistisch und auch jede Finanzierung dazu nicht. Sich auf den Weg machen sei gut, einen Plan dazu haben auch, aber dieser müsse realistisch sein. Dieser erfülle zwar die gesetzlichen Vorgaben, bedeute aber noch lange nicht, dass er auch tauglich sei und der Umsetzung diene. Auch wenn die gewonnenen Erkenntnisse für die Stadtwerke und für die Stadt insgesamt interessant seien. Stadtrat Stachel bemängelt, dass die Lösung in diesem Wärmeplan nicht ansatzweise enthalten sei.

Dies sei eine Grundsatzfrage so Bürgermeisterin Kleine, deren Klärung in den beiden stattgefundenen Terminen und auch im Planungsausschuss erfolgen hätte können. Hier habe es genügend Raum für solch detaillierte Fragen gegeben. Die Einschätzung eines Wärmeplans sei, dass man bei der Versorgung der Innenstadt über Flusswärme sprechen könne und auch in bestimmten Bereichen Geothermie denkbar sei. Dies sei alles im Wärmeplan enthalten. Hierzu gebe es Einschätzungen, Potenziale und auch Annahmen.

Wenn man nun konkret in ein Projekt einsteige, müsse dies im Detail besprochen werden. Hierfür sei dies heute nicht der Rahmen und auch nicht leistbar. Gewünscht sei eine kollektive Einschätzung über die Netze, die Wärme und die Energieversorgung. Die Frage sei nun, ob eine Diskussionsrunde durchgeführt werden solle.

Stadtrat Stachel glaube schon, dass heute der richtige Zeitpunkt für Fragen sei. Er hätte gerne auf jede Frage eine Antwort, unbeachtlich einer stattgefundenen Infoveranstaltung. Stadtrat Stachel bemängelt, dass diese mit anderen Sitzungsveranstaltungen kollidiert habe.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass es sich um keine Reglementierung gehandelt habe. Es war lediglich ein Appell, ob dies vernünftig sei. Weiter weist sie darauf hin, dass sie jede Möglichkeit gehabt habe, diese Diskussion erst in der nächsten Legislatur zu führen. Aber Bürgermeisterin Kleine wolle diesen Wärmeplan schnell und habe dies auch initiiert. Sie betont in einer guten Zusammenarbeit die Mittel dafür besorgt zu haben und der zweite Schritt sei in die Transformationspläne zu gehen. Bürgermeisterin Kleine betont, dass sie diese Diskussion selbst führen wollte. Ihre Bitte sei lediglich die Überlegung gewesen ob es gut sei, jetzt schon in die Abwägung zu gehen. Die Klärung Frage ob Flusswärme oder Geothermie in der Innenstadt zur Anwendung kommt, erfolgt eigentlich erst im zweiten Schritt, oder gar erst in der finalen Projektierung. Dies sei der einzige Appell zu überlegen ob es vernünftig sei, in dieser Detailliertheit dies alles, auch zum Thema Abwärme, zu besprechen. Weil kein Anschluss an Fernwärme im Prinzenviertel und an der Münchener Straße möglich sei, überlege die GWG ob ein anderes vernünftiges Abwärme Konzept zustande komme. Bei Beschluss des kommunalen Wärmeplans, kommen die einzelnen Konzepte hinzu. Eines davon werde ein Quartierskonzept für das Piusviertel sein. Ob dort industrielle Abwärme dort zur Wärmeversorgung genutzt werden könne, müsse im Detail besprochen werden. An Stadtrat Stachel gewandt sei dies nur ein Appell gewesen und Bürgermeisterin Kleine beantworte jede Frage mit Begeisterung.

Herr Bolle schlägt vor in jede Fraktion für eine detaillierte Vorstellung zu kommen. Weiter verweist er auf die angesprochenen Technologien. Bei der Geothermie spreche man von Oberflächen-Großwärme-Pumpen. Bei der Tiefengeothermie spreche man über neue Verfahren wie auch bei Flusswärmepumpen. Dies seien alles Technologien die heute noch kein Standard seien. Es müsse allen klar sein, dass neue Wege bestritten werden. Ob man dies in 10 oder in 20 Jahren hinbekomme, könne Herr Bolle nicht beantworten. Aber man müsse jetzt starten. Er gebe den Stadtratsmitgliedern recht, das Know-How das hierfür erforderlich sei, habe man heute nicht. Dies müsse man sich aneignen. Aber dieser Plan sei kein schlechter und da müsse man dranbleiben.

Sich auf den Weg machen, dieses Stichwort falle die ganze Zeit, so Stadtrat De Lapuente. Es höre sich aber so an, als ob man sich noch gar nicht auf den Weg gemacht habe. Der Gesetzgeber habe bis 30.06. vorgesehen diese Wärmeplanung vorzulegen. Ingolstadt sei knapp zwei Jahre davor schon mit dieser Wärmeplanung dabei. Stadtrat De Lapuente glaube, dass man dies schon in den Mittelpunkt stellen solle. Wenn man wo hinlaufen wolle, müsse man auch wissen, wo. Der Plan sei gut, dass der Klimaschutz deutlich erhöht werden müsse. Dies sei keine Frage und sehe auch jede Fraktion die mit dabei ist, so. Es müsse aber gelingen Maßnahmen aus dem Plan zu bündeln. Dies sei dann die Ursache, wo die Finanzen bereitgestellt werden müssen. Es müsse erst geprüft werden, was Bund, Land und Kommune beitragen könne. Bisher seien keine finanziellen Mittel beschlossen worden.

Wenn Maßnahmen feststehen könne man ins Detail gehen. Denn es seien sicherlich Vorschläge im Plan, die vielleicht für Ingolstadt nicht vorangetrieben werden.

Es sei viel von Speicherung gesprochen worden, dass ein großes Thema sei. Strom sei ein wichtiger Fakt auch bei der Wärme. Nach den Worten von Stadtrat Wöhrl solle die Überlegung getroffen werden, was man bereits habe. Dabei verweist er auf die Speicher von PV-Anlagen und E-Autos, die ausbaufähig seien. Er fragt nach, ob man hier noch politisch agieren könne.

Wie bereits erwähnt falle das Thema beim Strom mit dem Speicher und dem Netz, so Herr Bolle. Hierzu gehört auch die Leistungsregelung eines privaten Hausanschlusses. Egal ob Quartierspeicher oder Systemspeicher oder Speicher im Keller betrachtet werden, hier sei man noch nicht wirtschaftlich genug und deswegen werden diese nicht gebaut. Die Hausbesitzer oder Anschlussnehmer können nicht gezwungen werden, einen solchen Speicher, der mit hohen Kosten verbunden sei, einzubauen. Das eine sei die ökonomische Frage und das andere die technische. Technisch brauche man den Speicher, sonst komme man irgendwann nicht mehr hin. Ökonomisch investiere derzeit keiner dieses Geld und dies sei die heutige Herausforderung. Diese Brücke könne aus Sicht von Herrn Bolle nur die Politik vorgeben, sonst komme man nicht über diese Schwelle. Zu den Autobatterien teilt er mit, dass diese durch die Hersteller nicht bidirektional freigegeben seien. Dies sei ein wichtiger Punkt und es mache insofern wenig Sinn einen 10 kWh-Speicher in den Keller für viel Geld zu bauen, wenn der 100 kWh-Speicher in der Garage untergebracht sei. Hier müsse allerdings gesehen werden, dass Ströme über Grenzen hinweg transportiert werden, die heut noch nicht vorgesehen seien. Die ganze Strombilanzierung funktioniert nicht, wenn der Strom auf einmal ganz woanders hinfließe und man dies nicht nachweisen könne. Dies sei mit einem mobilen Speicher nicht ganz so einfach wie mit einem stationären. Ein plastisches Beispiel sei hier, dass Firmen schon sehr darauf bedacht seien, dass Mitarbeiter ihre Autos nicht in der Firma volltanken und zuhause den Strom privat verbrauchen. Hier braucht es Lösungen, denn dies sei einer der vielen Fragen die noch nicht gelöst seien.

Mit fortschreitender Digitalisierung werden diese Lösungen allerdings möglich.

Nach den Worten von Stadtrat Wöhrl brauche man Lösungen und keine Probleme.

Stadträtin Leininger erinnere mit Stolz daran, dass Ingolstadt hier mit gutem Beispiel vorgehe, wie ein zukunftsfähiger Wärmeversorgungsplan aussehen könne. Auch sei Ingolstadt früh dran und trotzdem sei allen klar, dass eine Umsetzung Jahre oder gar Jahrzehnte dauere. Trotzdem sei es so, dass jedes verlorene Jahr und man habe viele Jahre auf dem Gebiet des Klimaschutzes verloren, nicht mehr einzuholen seien. Wenn man diesen kleinen Vorsprung nutze, könne Stadträtin Leininger diesem nur positives abgewinnen. Nicht nur weil man beim Generieren der Fördermittel vorne dran sei, sondern auch vor dem Hintergrund des ganz großen Szenarios des Klimawandels. Es müsse klar sein, dass man mit dieser Wärmeplanung eine Grundlage habe. Insofern könne man gar nicht gegen die eingangs vorgezeichneter Reihenfolge von Oberbürgermeister Scharpf, sein. Positiv sei wie viel auch kleinteiliges und technisches Interesse und Begeisterung insgesamt in diesem Thema stecke. Es sei klar, dass die Kosten zunächst erdrückend seien. Stadträtin Leininger fragt nach, ob es für diesen Beschluss einen Vorteil bringe, wenn man nach dem Ziel 2035 frage. Mit dem Instrument des digitalen Zwillinges habe man auch die Möglichkeit für

technische Innovationen. Bei einem Rückblick der letzten 10 Jahre werde deutlich sichtbar, was sich alles getan habe und welche Technologien entwickelt worden seien. Stadträtin Leininger sichert für die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung zu.

Für Stadtrat Deiser stelle sich die Frage, ob man sich die Vorreiterrolle leisten könne. Vorreiter zahlen mehr, machen auch Fehler und gehen manchmal den falschen Weg. Bei Betrachtung der hohen Kosten und des Haushalts sei es für Stadtrat Deiser nicht sinnvoll, die Vorreiterrolle zu übernehmen.

Stadtrat Schäuble wolle kurz rekapitulieren, dass Ingolstadt bei der Wärmeplanung zwei Jahre früher dran sei. Dies begrüße er ausdrücklich und merkt an, dass er am liebsten gestern schon CO₂-Neutral gewesen sei, denn dieses grundsätzliche Ziel der CO₂-Neutralität verbinde. Wenn man zwei Jahre in der Wärmeplanung früher dran sei, aber zehn Jahre im Klimaziel später wie der Bund, dann schlage Ingolstadt einen anderen Transformationspfad ein. Ingolstadt bewege sich seit dem Jahr 2021 im nationalen Zertifikate-Handel und ab dem Jahr 2027 im Europäischen. Dies bedeutet, wenn CO₂ eingespart werde, gehe dieses Co₂-Zerifikat auf den Markt, senke den Preis und werde von jemand anderen verbraucht. Dies sei die Idee vom CO₂-Zertifikate-Handel. Wenn man also einen stark abweichenden Transformationspfad wähle, dann werde dieser automatisch teurer. Dies sei die Idee hinter diesem Instrument der Europäischen Union und Deutschland. Das der Transformationspfad auf das Jahr 2045 ausgerichtet sei, sei eine politische Vorgabe. Stadtrat Schäuble betont nochmals, dass jede Abweichung dieses Transformationspfads höhere Kosten verursache. Dieser Weg sei durch Verknappung im CO₂-Handel bereits vergeben und könne seitens der Kommune nicht beeinflusst werden. Das was eingespart werde, werde von jemand andere in Europa rausgepustet. Dies sei die Realität im europäischen Zertifikate-Handel, wenn man mit möglichst knappen Mitteln zu einem guten Transformationsziel kommen wolle. Dies sei der Grund, warum man über diese Ziele sprechen müsse. Das grundsätzliche Ziel sei die CO₂-Neutralität, aber man habe unendliche viele Mittel und politische Vorgaben vom Bund und Europa, an denen man nicht rütteln könne. Als Kommune müsse man versuchen möglichst gut zu adaptieren. Hinsichtlich dessen müsse über die Ziele gesprochen werden. Dabei verweist Stadtrat Schäuble auf das Jahr und nicht die endgültigen Ziele. Weiter verweist er auf die Bürger, die nicht verunsichert werden sollen. Insofern regt Stadtrat Schäuble Transparenz an und merkt an, dass man mit der Wahrheit umgehen müsse. Insofern sei man auch für die Zahlen verantwortlich und diese müsse man interpretieren und zugänglich zu machen. Auch müsse erklärt werden, was es auf sich hat, wenn bestimmte Ziele verfolgt werden. Es könne nicht Ziel sein diese Zahlen in einem Kämmerchen zu verstecken ohne diese zu präsentieren. Stadtrat Schäuble verstehe, dass man noch nicht so weit sei, um konkrete Zahlen in allen Bereichen vorlegen zu können. Dies akzeptiere er, aber Ziel müsse trotzdem die Transparenz hinsichtlich der Kosten sein.

Stadtrat Köstler zeigt sich erfreut über die Darstellung des Zeitplans, unabhängig des Zieljahres. Für dieses Jahr werde die Wärmeplanung beschlossen, wo dann die Fördergelder für die Transformationsplanung für das nächste Jahr beantragt werden können. Somit mache man den Transformationsplan im nächsten Jahr, um dann die genauen Kosten zu kennen. Wenn dies ab 2026 umgesetzt werden solle, benötige man viele finanzielle Mittel. Insofern stelle sich die Frage wo man diese herbekomme. Hinsichtlich dessen verweist Stadtrat Köstler auf den Antrag seiner Stadtratsgruppe, mit Green Bonds zu arbeiten. Dies sei für alle Kommunen Neuland. Hier sei der Finanzreferent gefragt und dieser habe für

einen Vorschlag ein Jahr Zeit. Nach den Worten von Stadtrat Köstler solle jetzt mit der Klärung, wie man diese Finanzierung hinbekomme, begonnen werden. Für die ödp-Stadtratsgruppe sei es wichtig, nicht nur die Wärmeplanung zu akzeptieren und in die Transformationsplanung einzusteigen, sondern auch rechtzeitig die Finanzierung zu klären. Geschenkt bekomme man das Geld nicht, denn auch bei den Green Bonds stecke eine entsprechende Verbindlichkeit dahinter. Die aktuelle Haushaltslage sage aus, dass man das Thema in die Tonne schmeißen könne. Insofern bedürfe es einer Idee wie man weiterkomme und deshalb habe die ödp-Stadtratsgruppe diesen Antrag gestellt. Stadtrat Köstler wolle erst mal klären, ob man überhaupt 2026 irgendetwas von dieser tollen Planung umsetzen könne. Seine Bitte sei jetzt bereits Überlegungen hinsichtlich der Finanzierung zu treffen und nicht erst in einem Jahr, wenn man eigentlich schon damit begonnen habe.

Bürgermeisterin Kleine bittet um Zustimmung des Prüfungsantrags der ödp-Stadtratsgruppe. Sie merkt an, dass die Prüfung für Green Bonds ein erheblicher Aufwand, aber grundsätzlich sehr interessant sei. Weiter verweist sie auf das Konzept von München. Wenn man es schaffe ein solches Projekt aufzusetzen, könne dies für einen Wirtschaftsstandort ein tolles und nachhaltiges Image schaffen. Bürgermeisterin Kleine betont den Personal- und Kostenaufwand nicht zu unterschätzen. Sie sichert einen Zwischenbericht ob dies leistbar sei und eine Konzeptentwicklung für das nächste Jahr zu. Bürgermeisterin Kleine bittet nochmals diesen Prüfantrag an die Verwaltung und an die Stadtwerke zu erteilen.

Im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt brauche man eine Lösung, so Herr Bolle. Insofern sei nicht nur Fremdfinanzierung ein Thema, sondern auch Eigenkapital ersetzende Mittel. Hier gebe es unterschiedliche Ansätze. Die Energiewirtschaft sei hier auch dran und es werden Gespräche mit der KfW geführt. Seines Erachtens werde im nächsten Jahr viel passieren, weil viele in diese Planung gehen. Wenn München und Frankfurt diesen Weg gehen, sei man in guter Gesellschaft, so Herr Bolle. Seine Erwartung sei Mitte 2025 zu wissen, wohin die Reise gehe. Er merkt an, dass man hier im Regelfall mit einer Investmentbank zusammenarbeite. Diese Themen habe man bisher in Ingolstadt noch nicht gehabt. Eine Entscheidung dahingehend müsse letztendlich seitens des Stadtrates erfolgen.

Zum Thema Green Bonds rate Stadtrat Dr. Lösel dringend dazu, das Ganze über die Sparkasse oder eine Bank abzuwickeln, denn ansonsten komme man in sämtliche Probleme des Prospekt-Haftungsrechts. Stadtrat Dr. Lösel spreche sich für die Organisation von privatem Kapital aus. Eine Prüfung in dieser Größenordnung der anfallenden Kosten, die sich entsprechend inflationär entwickeln sei sinnvoll. Er bittet nochmals diese Prüfung auf eine Bank zu übertragen. Die Stadtwerke und die Verwaltung sollen sich hier nicht beteiligen. Hintergrund seien die entstehenden Verwaltungskosten, denn es müsse über Jahre hochgeschultes Personal zur Verfügung gestellt werden, um dies komplett zu beurteilen. Private Kapitalmaßnahmen seien immer gut, aber die Verwaltungskosten seien erheblich. Weiter verweist er auf die angesprochenen Kosten von mehreren Mio. Euro für Ingolstadt und spricht hier die wohnungswirtschaftlichen Themen an. Seines Erachtens sei es extrem wichtig, irgendwann dieses Thema überall in den Haushalt mit aufzunehmen. Hier spricht er nicht nur von den Stadtwerken, sondern auch von der VGI und verweist auf die Veränderungen beim Verkehr. Wenn man klimaneutral werden wolle, müsse auch in diesem Bereich Vorsichtsmaßnahmen oder vorausschauende Maßnahmen getroffen werden. Auf das was man zusteure sei ein riesen Bündel an Fragen im Klimabereich und auch soziale Fragen, hinsichtlich der Umweltzerstörungen. Auch im Finanzbereich seien viele Fragen zu beantworten, weil dies die Leute bis zum Exzess fordern werde. Auf der einen Seite die

Klimainvestitionen und auf der anderen Seite die Finanzielle, sei ein schwieriger Spagat. Insofern sei es wichtig, die Dinge möglichst schnell in die Mittelfristplanung zu bringen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, den Antrag der ödp-Stadtratsgruppe als Ziffer drei des Referentenantrags als Prüfantrag, das Thema Green Bonds zu prüfen, zu übernehmen.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Gegen vier Stimmen:

3. Der Stadtrat beschließt den Energienutzungsplan und die kommunalen Wärmeplanung und erfüllt damit die Pflicht nach § 4 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG).
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstruktur mit den Stadtwerken und dem VerbraucherService Bayern als gemeinsame Anlaufstelle für Fragen zu Energieeinsparung, energetischer Sanierung und Wärmeversorgung für die Bürgerschaft.
5. **Die Verwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt das Thema Green Bonds zu prüfen.**